

# NEUSTADT-KURIER



31. Ausgabe

Meinungen  
Informationen  
Perspektiven

August 1994



## Volksfront – vor Ort

Um die Volksfront-Tendenzen in der SPD zu erkennen, brauchen wir gar nicht nach Sachsen-Anhalt zu schauen. Der Kronach-Coburger Bundestagskandidat der SPD, Uwe Hiks, ist ein beredtes Zeugnis für diese Volksfront-Tendenzen: Hiks hat über den zweiten Bildungsweg sein Abitur gemacht, seit nunmehr rund zehn Jahren studiert er, ohne allerdings ein zählbares Ergebnis vorlegen zu können. Nach eigenen Angaben verdient er seinen Lebensunterhalt auch durch die Abhaltung von Jugendweihen in den neuen Bundesländern, wo er Festvorträge hält. Er ist zweiter Vorsitzender des Freidenker-Verbandes. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich dieser Verband als Ziel gesetzt hat: „Die Förderung sozialistischen Gedankengutes“.

Nach Gerüchten aus gut informierten Quellen soll er bei seinen eigenen Genossen nicht unbedingt überall auf Gegenliebe stoßen: Die Kronacher Kreistagsfraktion, deren Mitglied Hiks ist, stand mehrfach wegen seiner Äußerungen vor Zerreißproben. Dies führte dazu, daß der dortige Fraktionsvorsitzende der SPD seinem „Paradepferd“ Redeverbot erteilt haben soll.

Arme SPD, auch in unseren Breiten, wenn die Umarmung der Sozialisten und Kommunisten schon so weit geht, daß dieser Mann in den nächsten Deutschen Bundestag einziehen soll!

Eines wird man Hiks nicht abstreiten können: Das Ausleben des sozialistischen Grundprinzips „Der Staat kann mich ruhig ernähren (von der Universität in den Bundestag – Leistung ist verdächtig und gehört verboten!)“.

-81-

## Helmut Kohl denkt an Neustadter

Auch für Landtagskandidat J.W.Heike war es ein Erlebnis: Auf Einladung des Wirtschaftsbeirates der Union konnte er an der Diskussionsveranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl in München teilnehmen. Nach dem offiziellen Teil hatte er die Möglichkeit, gemeinsam mit der FU-Landesvorsitzenden Gerda Hasselfeldt (Fürstenfeldbruck) mit dem Bundeskanzler persönlich zu sprechen. Er dankte dem Kanzler für die Unterstützung der Neustadter Abiturienten, die beim Wettbewerb „Jugend forscht“ so erfolgreich waren, daß sie eine Einladung ins Kanzleramt erhielten, diese jedoch wegen des Abiturs nicht wahrnehmen konnten. Helmut Kohl konnte sich sofort daran erinnern und fragte nach, ob die jungen Forscher auch gut betreut worden seien. Er selbst, so der Bundeskanzler, habe große Achtung vor diesen jungen Forschern, weil sie teilweise Arbeiten

abgeliefert hätten, die einfach aber genial gewesen seien, was er sehr begrüße.

Auf die Frage von Heike, ob die oberfränkische Region im Wahlkampf mit einem Besuch des Kanzlers rechnen könne, lächelte Kohl und meinte, daß Thüringen und Oberfranken sicherlich eine Reise wert seien. Ob allerdings ein kurzfristiger Termin im Wahlkampf möglich wäre, ließ er offen. Heike jedoch nahm das Versprechen des Kanzlers mit, daß er auf alle Fälle wieder einmal in die oberfränkische Region kommen werde, da es ihm dort sehr gut gefalle.

Gerda Hasselfeldt, die frühere Bundesgesundheitsministerin, empfahl dem Kanzler ebenfalls den Besuch im Coburger Land, da sie dort erst vor wenigen Wochen sehr freundlich und herzlich von der FU Neustadt aufgenommen worden ist, was sie gerne in Erinnerung hält.



Hinter dem Rücken von MdB Gerda Hasselfeldt unterhalten sich J.W.Heike und Kanzler Helmut Kohl über einen evtl. Besuchstermin im Coburger Land

**CSU**

Auflage: 7500 Stück

Verleger:

CSU-Stadtratsfraktion, vertz. d. d. Vorsitzenden J. Petrautzki

Herausgeber: J. W. Heike

Verantwortliche Redakteure:

A. Bätz, K.-D. Bätz, J. W. Heike, G. Knoch, F. Nachtigall, J.

Petrautzki, E. Protzmann, J. Sauer, U. Scheler, W. Thamm,

L. Weitz.



## EURO-Wahlen

Auch die Optimisten in der CSU hatten damit nicht gerechnet:

Der Wähler hat offensichtlich die ruhige und konstante Arbeit der CSU gewürdigt und, entgegen allen Voraussagen, ein gutes Wahlergebnis beschert. Wichtig war dies ja insbesondere auch deshalb, weil die CSU die einzige Liste in Europa war, die nur in einer Region (Bayern) antrat. Es mußte also auf diesem Wege die 5%-Hürde genommen werden, was ausgesprochen gut gelang!

Auch in Neustadt kann die CSU mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Aus der beigefügten Grafik ergibt sich eine deutliche Zunahme für die CSU, wobei die 8% Gewinn zu einem Gesamtgewinn von 44,9% der Stimmen führten. Die SPD mit 36,71% blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Allerdings sind die eindeutigen Verlierer dieser Wahl die Republikaner, die fast 14% verloren.

Durch dieses Ergebnis fühlt sich die CSU in ihrer kontinuierlichen Arbeit bestätigt und wird auch weiterhin, natürlich mit ihrem Landtagskandidaten J.W.Heike, auf sachbezogene Politik setzen. Neustadt ist damit gut gefahren!

-3-

## Ende der Parkprobleme

Nach dem Scheitern des Projekts „Tiefgarage Arnoldplatz“ hat die Stadt Neustadt unter der neuen Führung endlich eine Alternative gefunden, die Parkplätze in Zentrumsnähe schaffen kann.

Nach langwierigen Verhandlungen und mehrfachen Umplanungen kann die Stadt nunmehr ein Parkdeck mit ca. 130 Parkplätzen ins Auge fassen. Die ursprüngliche Absicht, auf dem Gelände des früheren Feuerwehrhauses an der Röden ein Parkdeck zu errichten, ist aus mehreren Gründen gescheitert. Nunmehr hat sich ein privater Investor entschieden, auf dem Gelände gegenüber dem früheren Feuerwehrhaus (ehemalige Scheunengrundstücke in der Lindenstraße) ein Parkdeck einzurichten. Die CSU-Fraktion im Stadtrat sieht dies durchaus positiv, Voraussetzung ist jedoch, daß der drei- oder vierstöckige Neubau städtebaulich eingepaßt und vertretbar ist. Es bleibt zu hoffen, daß nunmehr, nachdem die Parkplätze in Neustadt ja wirklich Mangelware sind, eine vernünftige Lösung gefunden wird!

-3-

## Märchen?

Es war einmal ein kleines Schneiderlein, das gerne hoch hinaus wollte. In Erinnerung an das tapfere Schneiderlein von früher, beschloß es, auch Karriere zu machen. So trat es in die Dienste einer sozialdemokratischen Schneiderei. Dort restaurierte man alte Arbeiterkittel und nähte neue Schlafmützen. Da hörte unser Schneiderlein, daß ein großer schwarzer Riese namens Helmut das Land bedrücke, flugs machte es sich auf, um nunmehr diesem Riesen das Gruseln zu lehren.

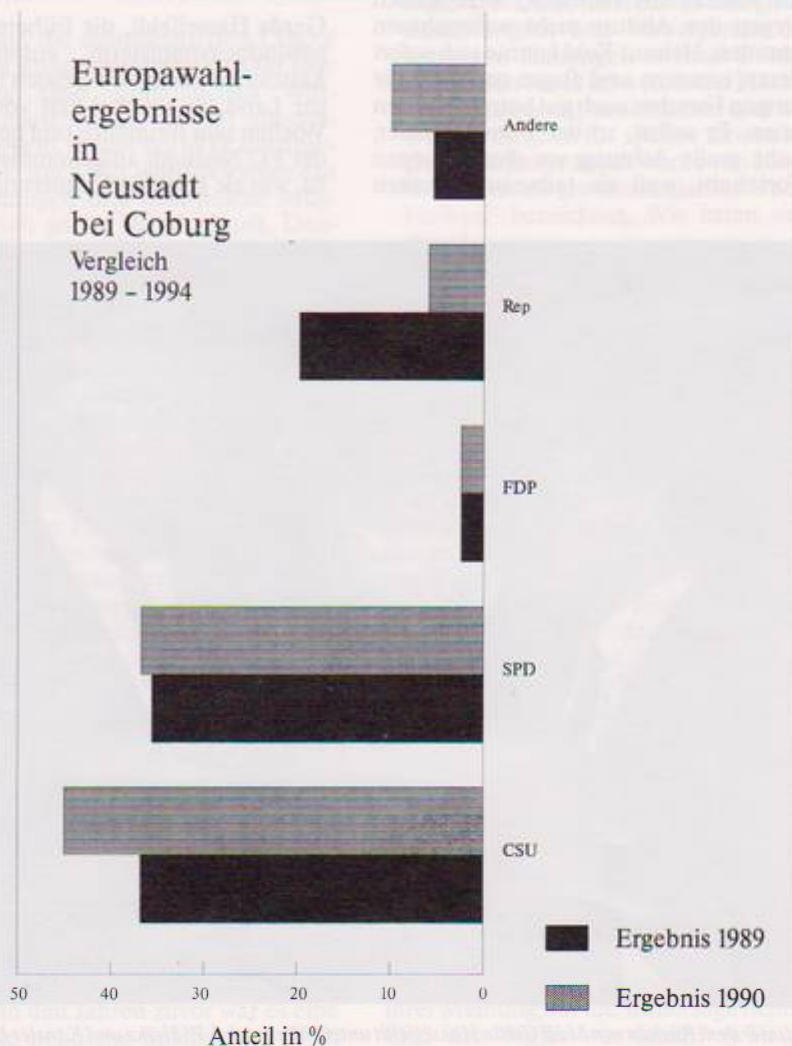
Gerade zu diesem Zeitpunkt traten die Riesen des Landes gegeneinander an. Das Schneiderlein machte sich erschrocken auf den Weg, um mitzuhalten. Als es den großen Riesen Helmut fand, schaute dieser ihn nur lächelnd an. Rudolf, das Schneiderlein, forderte zum Kampf: „Laß uns unsere Kräfte messen!“ forderte er. Da nahm der Riese Helmut einen Stein in die Hand und drückte diesen so, daß das Wasser heraustrat. „38,8%, mehr als vor drei Jahren“ äußerte er zufrieden. „Das ist weiter nichts“ erwiderte das Schneiderlein. Es griff in die altbewährte Tricktasche und holte den Käse von damals hervor. Doch das Schneiderlein hatte übersehen, daß dieser in der Zwischenzeit steinhart und alt geworden war. Auch wie er sich noch plagte, mehr als 32,2% holte er nicht hervor. Da ging der Riese Helmut von dannen, sein Lachen war noch lange zu hören.

Das Schneiderlein hingegen machte seinem Ärger in einer Pressekonferenz Luft. Es beschwerte sich über die Schneidereiwerkstatt, daß dort mehr interen Streitereien waren, als daß er das Drücken von Steinen und Käse hätte üben können, er werde jetzt alles anders machen, es könne nur besser werden.

Die Fortsetzung dieser Geschichte erfahren wir spätestens am 17. Oktober.

-12-

Europawahl-  
ergebnisse  
in  
Neustadt  
bei Coburg  
Vergleich  
1989 - 1994



## Auflösung

Im letzten NEUSTADT-KURIER haben wir die Gewerkschaft gefragt, ob sie schon soweit degeneriert ist, daß sie einen Festredner zum „Tag der Arbeit“ einlädt, der selber noch nie gearbeitet hat:

Nachdem viele Rückfragen kamen, wer denn dieser famose Festredner war, soll heute das Rätsel gelöst werden:

Uwe Hixsch ist der SPD-Bundestagskandidat für Coburg/Kronach. Seit nahezu 10 Jahren Student, ohne Abschlußprüfung!

Für ihn gilt wohl der Slogan: Jung, dynamisch und erfolglos!

Das soll sich nach Willen der SPD ändern:

Von der Studierstube in den Bundestag, eine tolle Karriere in der Arbeiterpartei!



## Schützenswertes Eigentum

Der Gehregrund forderte wieder einmal eine lange Debatte im Stadtrat. Dazu muß zunächst einmal festgehalten werden, daß diese Fläche, zwischen der bayerischen Landesgrenze und Wildenheid gelegen, 1985 als Erholungsgebiet mit der Möglichkeit des Baues von Wochenendhäusern vorgesehen war. Die SPD schütete jedoch gleich das Kind mit dem Bade aus: 1988 beantragte man, diesen Landstrich als „Naturschutzgebiet“ auszuweisen. Wäre diese Ausweisung erfolgt, hätten die dortigen Eigentümer nur noch in ganz engen Grenzen über ihr Eigentum verfügen können. Die Änderung der Nutzung wäre großen Teils unmöglich oder aber nur nach Genehmigung der Naturschutzbehörde möglich gewesen,

Wochenendhäuser wären strikt verboten gewesen und die Landwirtschaft wäre stark eingeschränkt worden.

Der Antrag hierzu wurde dann in der Diskussion im Stadtrat so abgeändert, daß lediglich ein „Landschaftsschutzgebiet“ beantragt wurde, was ein „kleineres Übel“ war und deshalb von den CSU-Stadträten damals unterstützt wurde. Da die SPD zu diesem Zeitpunkt die absolute Mehrheit hatte, war der Antrag von Walter Knauer keinesfalls zu verhindern. Nachdem nunmehr das Landratsamt alle Fragen geprüft hatte und die betroffenen Eigentümer gehört wurden, ergab sich für diese erstmals eine klare Sicht für die ihnen bevorstehende Eigentums-Beschränkung. Aus verständlichen Gründen wehrten diese Eigentümer sich nun: Jahrelang hatten sie unter Einsatz eigener Mittel ein wunderschönes Naherholungsgebiet geschaffen, für sich selbst, aber auch für Spaziergänger eine Fläche der Erholung eingerichtet und sollten nunmehr bei weiteren Maßnahmen auf ihrem eigenen Grund und Boden bevormundet werden. Die vorhandene Natur in Form von Rehen, Graureihern, Milanen und Eisvögeln sei durch die bisherige freie Verfügung der Grundstückseigentümer bestens gewährleistet, so die CSU-Stadträte, so daß eine gesetzliche Reglementierung weder notwendig wäre, noch von den Bürgern gewünscht würde.

Auch ein Teil der SPD-Stadträte hat eingesehen, daß ein solches radikales Einschränkung des Eigentums nicht die richtige Lösung ist. Der „harte Kern“ der Umweltkämpfer der SPD jedoch wollte unbedingt mit der Keule des Gesetzes die Eigentümer unterwerfen: Heike Stegner und weitere vier SPD-Stadträte machen es sich leicht: Nach dem Motto „Es ist leicht, über etwas zu verfügen, was mir nicht gehört“ wollten sie erneut die Einschränkung des Eigentums durchsetzen. Wenn es aber keinen Grund für irgendwelche Reglementierungen gibt, hat auch das Grundgesetz des Schutz des Eigentums des Einzelnen weit vor die Reglementierung durch den Staat festgelegt. Aber das paßt natürlich den Dogmatikern der SPD nicht ins Zeug, frei nach dem Motto: „Was Dir gehört, gehört auch mir, was mir gehört, geht Dich nichts an!“

## Volksfront vor der Tür!

In Sachsen-Anhalt hat die SPD ihre Maske fallengelassen: Obwohl nicht die stärkste Fraktion, meilenweit von der absoluten Mehrheit entfernt, selbst mit der Hilfe der Grünen nicht in der Lage, die absolute Mehrheit zu erzielen, wird eine Regierung gebildet! Die SPD in Bonn hat dies nach eigenen Angaben gebilligt.

Damit zeigt die SPD, was sie will: Macht um jeden Preis! Eine Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt bedeutet Stillstand, noch dazu unter Führung der SPD. Letztendlich muß sich die SPD fragen lassen, wie sie überhaupt Mehrheiten erreichen will, wenn sie nur mit Stimmen der Kommunisten in der Lage ist, eine solche „Regierung“ zu führen. Arme SPD! Diejenigen, die sich in der Geschichte auskennen, wissen es noch: Die KPD der damaligen Ostzone kassierte die damalige SPD in einer Zwangsehe und nannte sich dann SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Hat denn die SPD aus der Geschichte nichts gelernt? Ist die SPD in ihrer langen Tradition so verkommen, daß sie ihre eigenen Totengräber zur Machterlangung braucht oder wird sie wieder, diesmal auf eigenes Betreiben und völlig zwanglos, von den Kommunisten kassiert?

Wer glaubt eigentlich noch den Beteuerungen von SPD-Größen, daß es auf Bundesebene so etwas nicht gäbe? Dieselbe SPD, die noch vor wenigen Wochen die PDS angeblich als Partei ablehnte, will nun mit deren Duldung regieren. Glaubwürdig ist ein solches Verhalten nicht, aber es zeigt dem Wähler, auf was er sich einläßt, wenn er die SPD noch wählt: Um an die Macht zu kommen, ist der Pakt mit dem Teufel gerade gut genug. Die SPD verliert ihre letzte Glaubwürdigkeit, die Wähler sind gewarnt!



## Schwung in Oberfranken

Der jüngste Kandidat der CSU-Liste zur Bezirkstagswahl am 25. September kämpft im Stimmkreis Coburg um die Zweitstimme. Der 25-jährige Christian Müller wurde von der CSU Oberfranken auf dem neunten Listenplatz aufgestellt, er ist gleichzeitig Kandidat der Jungen Union für den Bezirkstag.

Christian Müller stammt aus Coburg. Nach dem Abitur leistete er seinen Wehrdienst in Regensburg und studierte anschließend Jura in Bayreuth. Inzwischen ist er als Rechtsreferent in Coburg tätig. Nachdem er von 1990 bis 1992 Kreisvorsitzender der Jungen Union Coburg-Stadt war, ist er seit Juli 1993 stellvertretender Bezirksvorsitzender der Jungen Union Oberfranken, außerdem bekleidet er das Amt des Präsidenten des Rings Politischer Jugend in Oberfranken.

Mit seinem Engagement auf Bezirksebene verbindet Christian Müller die Hoffnung, die besonderen Interessen junger Menschen stärker in die Politik des Bezirks einfließen zu lassen. „Unsere Heimat Oberfranken muß auch in Zukunft lebenswert bleiben“, nennt der Kandidat als sein politisches Ziel. Er setzt dabei auf eine Fortführung der erfolgreichen Politik der CSU. Sein politisches Konzept dafür lautet, Bewährtes erhalten, Fehler erkennen und abstellen und die Zukunft gestalten.

# CSU



## Die Irrtümer der SPD

In der Geschichte der Sozialdemokratie, die nunmehr weit über 125 Jahre andauert, hat die SPD sich nach dem Krieg als Partei des Irrtums entwickelt:

- Unmittelbar nach dem Krieg war die große Streitfrage die Anbindung der damaligen Zonen an eine der Siegermächte. Die SPD wollte zunächst eine Neutralisierung erreichen und kämpfte hierfür mit Vehemenz, aber erfolglos.
- Als dann Konrad Adenauer die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik beantragte, kam es zu einem großen Geschrei der SPD. Unter dem Schlagwort „nie wieder“ wurde versucht, die Bundesrepublik, obwohl mitten in den Spannungsgebieten des damaligen Kalten Krieges gelegen, wehrlos zu halten. Auch hier setzte sich Konrad Adenauer und seine Politik durch.
- Im gleichen Atemzug versuchte die SPD zu verhindern, daß sich die Bundesrepublik an die NATO, dem Verteidigungsbündnis der westlichen Welt anschloß. Mit wüsten Vermutungen und der Beschreibung der schlimmsten Szenarien versuchte die SPD den Nato-Beitritt zu verhindern. Sie blieb erfolglos!
- Als dann die unionsregierten Länder und die Bundesregierung sich für eine Bildung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aussprachen, war es wieder die SPD, die dagegen war. Auch hier wurden wieder nur Vermutungen und bedrohliche Möglichkeiten an die Wand gemalt. Dennoch wurde die EWG mit der Bundesrepublik gegründet und die EWG war der Schritt zur internationalen Anerkennung der Bundesrepublik.
- In den späten 70er, frühen 80er Jahren gab es einen heftigen Streit über die „Abrüstung“ der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Hunderttausende wurden auf die Straßen geschickt, die SPD-Größen, nunmehr unterstützt von grünen Phantasten, beschworen eine einseitige Abrüstung mit dem Argument, daß dann kein Angriff mehr möglich wäre, weil dies ja schließlich unmoralisch wäre. Sogar der damals amtierende eigene Bundeskanzler (Helmut Schmidt) wurde vor seinen Genossen im Stich gelassen, als er sich bewußt für eine weitere Stationierung von Raketen auf deutschem Gebiet aussprach. Die SPD warnte, daß damit der Krieg nur immer wahrscheinlicher würde, der Ostblock sich angegriffen fühlen würde und deshalb unberechenbar zurückschlagen könnte. Auch hier irrte die SPD!
- In den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch der DDR, aber auch schon in den Jahren zuvor war es eine beliebte politische Spielart der SPD, sich bei den Kommunisten der SED an-

zubiedern. Abgesehen von Herrn Bahr, der mit seinem „Wandel durch Annäherung“ arg scheiterte, war es aber auch Herr Lafontaine, der nicht müde wurde, die freundschaftlichen Bande zu den Machthabern der DDR nicht nur zu pflegen, sondern auszubauen und deren „Freundlichkeit“ zu verherrlichen. Er war es auch, der noch wenige Wochen vor dem Zusammenbruch in einem Buch schilderte, wie erfolgreich das Wirtschaftswunderland der DDR sei und das man dort bald wohl den Lebensstandard der westlichen Welt einholen würde. Auch er irrte sich hier gewaltig!

- Auch der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, glaubte noch wenige Monate vor dem Zusammenbruch der DDR, daß es „keine Wiedervereinigung Deutschlands geben könnte“ und er bezichtigte diejenigen, die sich dieses Ziel auf ihre Fahnen hefteten der „Deuschtümelei“ und sogar der „irrealen Phantasterei“. Auch er irrte sich!
- Mit Vehemenz versuchten die SPD-regierten Bundesländer die Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter auszuhungern und verweigerten die anteiligen Zahlungen an diese Behörde, die den Mord an wehrlosen Flüchtlingen aufnahm, untersuchte und soweit als möglich für spätere Zeiten archivierte. Diese Stelle wurde von Jungsozialisten als „revanchistisches Überbleibsel“ bezeichnet. Wie irrten sich diese!

Allein anhand dieser wenigen Irrtümer der Partei, die so gerne die Führung übernehmen würde, aber keine Alternativen hat, lediglich durch Irrtümer und fehlende Geschichtskennntnisse glänzte, zeigt sich die Inkompetenz und die Gefahr für die Allgemeinheit, wenn solche Menschen die Regierung übernehmen wollen. Wer Facharbeiter mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2850 DM als „Besserverdienende“ zur Kasse bitten will, spielt nur noch mit dem Neidkomplex und setzt den sozialen Frieden in dieser Republik aufs Spiel. Auch aus diesem Grunde und der klaren und erfolgreichen Politik der Union in Bonn wie in München kann die Devise eigentlich nur lauten: Mit der Union in das neue Jahrtausend, damit unsere Jugend auch noch eine Zukunft hat!

-19-

## Zu guter Letzt:

„Ideologen sind wie Meteorologen: Nach ihrer Meinung war die Vorhersage richtig, bloß das Wetter war falsch.“ (J. Tissot, Maler)

## Die Autobahn kommt!

Trotz großem Geschrei einer eindeutigen Minderheit hat sich die politische Vernunft durchgesetzt:

Nicht Umgehungsstraßen, wie sie der SPD-Bundestagskandidat wollte, sondern eine ordentliche Bundesautobahn wird den Coburger Landkreis erschließen. Die Bayerische Staatsregierung hat nach Abwägung aller Überlegungen eine Linie gefunden, die wohl als vernünftig betrachtet werden kann.

Für den Neustadter Raum ist die Trasse sicherlich nicht ideal, aber doch günstiger als die andere Wahltrasse jenseits von Coburg. Was hätte die Neustadter Geschäftswelt, aber auch der Neustadter PKW-Fahrer, wenn die Autobahn im Bereich Dietersdorf/Rodach fortgeführt worden wäre?

Neustadt erhält mit dieser Trassierung nunmehr, wie das Bayerische Landesplanungs-Ministerium feststellt, eine Anbindung und Umgehung an Rödentel vorbei in Richtung Autobahnanschluß bei Dörfles. Damit wird den geplagten Bürgern der Stadt eine Entlastung zuteil. Durch die Verknüpfung dieser Umgehung Neustadt/Rödentel mit dem Bau der Autobahn im allgemeinen, wird auch eine zeitliche Verbesserung erreicht. Wäre es nach den Vorstellungen des SPD-Kandidaten Hirsch (Kronach) gegangen, würde im Jahre 2010 bis 2020 über eine Verkehrsverbesserung nachgedacht, ob dann allerdings gebaut würde, wäre noch fraglich. So wird auf alle Fälle im engen zeitlichen Ablauf mit dem Autobahnbau auch die Verkehrsanbindung des Sonneberger und Neustadter Raumes erfolgen.

Die Konzeption der sogenannten Ostumgehung hat auch den Vorteil, daß die Autobahn die Ballungsgebiete und die wirtschaftlichen Bereiche erfaßt: Von Michelau über Sonnefeld/Ebersdorf und Rödentel/Dörfles ist eine Entzerrung des Verkehrs zu erwarten. Doch nicht nur die Entzerrung des Verkehrs, sondern auch die Nähe zu einer solchen Autobahn reizt die Industrie zur Ansiedlung. Industrieansiedlung bedeutet Arbeitsplätze, Arbeitsplätze bedeuten Wohlstand für die Region. Diese Prämisse war Grundlage für die CSU, sich nicht an dem Geschrei gegen eine Verkehrsanbindung zu beteiligen.

Der CSU-Landtagskandidat J.W. Heike hat dies treffend auf den Nenner gebracht:

„Mir ist es lieber, wenn 40 000 Autos am Tag über die Autobahn durchs Coburger Land fahren, als nur 20 000 durch unsere Ortschaften!“

Dem ist nichts hinzuzufügen. -9-